

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

22.9.1931 (No. 220)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Str. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 952  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
I. S. J.  
G. H. Seyfried  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Verbindung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Offizianten und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel

Der Minister des Innern hat sich wegen der gegenwärtigen Verhältnisse nach einer heute erscheinenden Bekanntmachung veranlaßt gesehen, das am 3. Juli 1931 erlassene, bis 30. September 1931 befristete Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel (Propagandafahrten, Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) bis einschließlich 31. März 1932 zu verlängern. Veranstaltungen gesell-schaftlicher, rein sportlicher oder kirchlicher Art, soweit sie herkömmlich und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen; sie finden aber unter den Voraussetzungen des § 1 der Verordnung vom 28. März 1931 anmeldepflichtig.

#### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südbadens in der Zeit vom 1. bis 15. September 1931

Der südbadische Arbeitsmarkt hat sich zwar auch in der ersten Septemberhälfte weiter, jedoch nicht in außergewöhnlichem Umfang abgewandelt. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg um 7667 = 3,5 Proz. von 219 886 auf 227 553 (179 725 Männer und 47 828 Frauen). Die Überhöhung gegenüber dem 15. September 1930, an dem 165 400 Arbeitsuchende (129 309 Männer und 36 091 Frauen) gezählt wurden, beträgt 62 153 = 37,6 Proz.; die Zahlen sind indessen nicht ohne weiteres vergleichbar. Der Zugang in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung von 2506 Personen und in der zweifachen Unterstützung von 1418 Personen war geringer als in der zweiten Augusthälfte. Die unterstützten Arbeitslosen wiesen nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. September folgenden Stand auf:

- in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 74 136 Personen (59 293 Männer, 14 841 Frauen),
  - in der zweifachen Unterstützung 49 668 Personen (43 077 Männer, 6591 Frauen).
- Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 3924 Personen (vom 1. bis 15. September 1930 um 3999) oder um 3,3 Proz. von 119 880 Personen (99 371 Männer, 20 509 Frauen) auf 123 804 Personen (102 372 Männer, 21 432 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 51 305 gegen 49 582 auf Baden 72 499 gegen 70 298 am 31. August 1931.

Am 15. September 1930 waren 96 560 Unterhaltene vorhanden; im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südbadens waren am 15. September 1931 auf 1000 Einwohner 24,6 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in dieser Kräfte für die Versorgung gegen 18,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung in den einzelnen Berufsgruppen ergibt folgendes Bild:

In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Dienstkräften und Mägden sehr gering und konnte überall leicht gedeckt werden. Auch für Hilfspersonal zur Dohnd-, Obst- und Gärtnereiernte blieb der Bedarf weit hinter dem der Vorjahre zurück, vielfach wurden sogar Entlassungen vorgenommen. Die Ursache hierfür ist nicht nur in der ungünstigen Bitterung, sondern vor allem auch in der schlechten finanziellen Lage der landwirtschaftlichen Betriebe zu suchen. Die Forstwirtschaft zeigt keine Aufnahmefähigkeit.

Im Bergbau ist durch die geplante Stilllegung eines Spatwertes im Mendtal mit Entlassungen zu rechnen.

Der Beschäftigungsstand der Industrie der Steine und Erden bröckelt langsam weiter ab. Vereinzelt Entlassungen werden aus der Ziegelindustrie, die zum Teil noch auf Lager arbeitet, aus der Zement- und Tonwarenindustrie und aus den Granit- und Mischelkalksteinbrüchen gemeldet. Nach den vorliegenden Stilllegungsanzeigen wird der Arbeitsmarkt gerade in dieser Berufsgruppe in der nächsten Zeit voraussichtlich stärker belastet werden.

Die allgemeine Lage in der metallverarbeitenden und Maschinenindustrie ist durch die weitere Einführung von Kurzarbeit und durch das Vorliegen zahlreicher Stilllegungsanzeigen gekennzeichnet. Wenn auch diese dauernd rückläufige Bewegung in der Hauptsache auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß sie durch die Kreditkrise auf dem deutschen Geldmarkt nicht unerheblich verschärft wird; in einzelnen Fällen mußte sogar schon die Übernahme von Aufträgen abgelehnt werden, da ihre Finanzierung nicht sichergestellt werden konnte. Besonders gedrückt ist die Lage in der Fahrzeugindustrie; so ist z. B. die Gesamtbelegschaft einer Waggonfabrik in den letzten Monaten von 800 auf 88 Arbeitnehmer zurückgegangen; von einem Werk der Kraftfahrzeugbranche wurden in der Berichtszeit 300 Mann und von einem anderen 200 Mann entlassen. Nur in der Schmiedewarenindustrie hat eine durch das Weihnachtsgeschäft bedingte saisonmäßige Belebung Platz gegriffen; in Pforzheim erwiesen sich vor allem die Uhren-, Uhrgehäuse- und Lorgnettenfabriken als stark aufnahmefähig, in geringererem Umfang auch die Fabriken für Juwelennimmungen, für Doublet- und billigen Goldschmuck. Auch die Gummi- und Metallindustrie hat einen leichten Aufschwung zu verzeichnen. Die Radio- und Uhrenindustrie im Wiltberger Bezirk und die Uhrenindustrie im Rottweiler Bezirk sind ebenfalls besser be-

### Letzte Nachrichten

#### Die Herbsttagung des Reichstags

##### Besprechung des Reichsanwalts mit dem Reichstagspräsidenten

BRN. Berlin, 22. Sept. (Priv. Tel.) Reichsanwalt Dr. Brüning hatte am Dienstagvormittag eine Aussprache mit dem Reichstagspräsidenten Lobe über die parlamentarische Lage. Das Ergebnis war, wie S.D.S. erfährt, daß der Reichstag zu dem von ihm selbst bestimmten Termin, nämlich am 13. Oktober, zusammentritt, um zunächst eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen.

Mit der Beratung dieser Regierungserklärung werden sämtliche Anträge und Interpellationen verbunden werden, die von den Parteien zur Politik der Reichsregierung eingebracht worden sind oder noch eingebracht werden. Man darf also mit einer umfangreichen außen- und innenpolitischen Debatte rechnen. Außerdem müssen vor Beginn der Verhandlungen dringliche Vorlagen erledigt werden. Die weitere Entwicklung hängt von der Stellungnahme der Parteien ab; sie war daher nicht Gegenstand der Besprechung zwischen beiden Herren.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man jedoch damit, daß die Herbsttagung des Reichstages mehrere Wochen in Anspruch nimmt, und daß dann über Weihnacht eine Pause eintritt, während der die Parlamentsausschüsse ihre Arbeiten fördern können.

Im neuen Jahr wird der Reichstag sich dann mit dem Haushaltsplan für 1932/33 zu beschäftigen haben. Zur Reichsfinanzministerin ist der Plan erzwungen worden, das Haushaltsjahr des Reiches dem Hoover-Plan anzupassen, den Etat 1931 also bis Ende Juni 1932 zu verlängern. Das Reichskabinett hat sich jedoch mit diesem Plan noch nicht beschäftigt. Er ist auch noch nicht aktuell, da die weitere Entwicklung der deutschen Finanzen und des Reparationsproblems in diesem Augenblick noch nicht zu übersehen ist. Eine Klärung dürfte jedoch noch vor Ablauf dieses Jahres durch internationale Verhandlungen herbeigeführt werden. Eine solche Klärung ist spätestens vor dem Ablauf des sogenannten Stillhalteabkommens notwendig.

Der sozialdemokratische Parteiausflug ist heute, Dienstag, in Berlin zur Besprechung der politischen Lage zusammengetreten.

schäftigt; dagegen ging die Beschäftigung in der Taschenuhrenindustrie an der Schweizer Grenze etwas zurück. Die handwerklichen Betriebe der Metallbearbeitung konnten keinerlei Arbeitskräfte aufnehmen; so kamen in Stuttgart z. B. auf eine offene Stelle für einen Elektromonteur 400 Arbeitsuchende.

Aus der chemischen Industrie wurden geringfügige Entlassungen gemeldet.

Die Lage in der Spinnstoffgewerbe ist uneinheitlich. Die Strickwarenfabrikation im Ehlinger, Göppinger und Ludwigsburger Bezirk ist voll beschäftigt und hat zum Teil noch Bedarf an geübten Kräften; ebenso arbeiten die Baumwoll- und Kammergarnspinnereien im Ludwigsburger Bezirk voll. Dagegen haben die Baumwollspinnereien und Webereien und mechanischen Strickwarenfabrikationen in anderen Bezirken Entlassungen vorgenommen. In der Textilwarenfabrikation wechseln Einstellungen und Entlassungen. Die im oberen Rhein- und Weiental ansässige Textilindustrie und die dazu gebörenden Ausrüstungsfabriken (Druckereien, Färbereien, Appreturanstalten) haben teilweise Kurzarbeit eingeführt und vereinzelt auch bereits Stilllegungsanzeigen erstatet.

In der Papier- und Kartonagenindustrie wurden vereinzelt Arbeitskräfte freigesetzt.

Von der Lederindustrie wird berichtet, daß für die nächste Zeit mit größeren Entlassungen zu rechnen ist, da die Lagerbestände außerordentlich angewachsen sind.

Die Arbeitsmarktlage im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist unterschiedlich. Allgemein wird berichtet, daß die Möbelfabrikation, die durch Angstkäufe während der Wankentagen große Lagerbestände abstoßen konnte, noch gut beschäftigt ist und zum Teil sogar noch für Arbeitskräfte aufnahmefähig ist; nur bei den Möbelfabriken für ausgesprochen teure Ware hat die Beschäftigung nachgelassen. Lebhaftige Nachfrage bestand infolge der guten Obsterte nach jüngeren Käufern, zum Teil mußte der zwischenzeitliche Ausgleich in Anspruch genommen werden. Dagegen ist der Geschäftsgang in der Sägegewerksindustrie zurückgegangen; als Grund wird vor allem die Einfuhrsperrung durch Frankreich bezeichnet. Ein großer Sägewerksbetrieb im Pforzheimer Bezirk hat einen Versuch mit Einführung der 40-Stundenwoche gemacht und vorerst dafür 42 Neueinstellungen vorgenommen. Entlassungen wurden aus dem Karlsruher Bezirk, der Zigarrenfabrikation und Reißwarenindustrie gemeldet. Die in der Spantorbefabrikation angeforderten Einschränkungen sind nur zum Teil zur Auswirkung gekommen. Die Vöhringer Reißwarenfabrikation arbeitet nur an 2 Tagen in der Woche. Für Bauwerkzeuge waren Unterbringungsmaßnahmen nicht gegeben.

Das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat einen weiteren Zugang von 602 Arbeitsuchenden erhalten. Dazu hat vor allem die Zigarren- und Stumpenindustrie beigetragen, die zahlreiche Arbeitskräfte entlassen hat. Die Brauereindustrie hat unter der verringerten Kaufkraft und der guten Obsterte zu leiden. Die Schokoladen- und Süßwarenindustrie hat vereinzelt Arbeitskräfte freigesetzt, während die Konservenindustrie, allerdings in geringem Umfang, Einstellungen vornahm. Durch die Aufnahme eines stillgelegten Betriebs der Mühlenindustrie

### Die englische Währungskrise

#### Währung und internationale Wirtschaft

Die Aussetzung der Goldwährung in England ist sowohl eine Folge der Friedensdiktate wie ein Protest gegen ihre Aufrechterhaltung wegen ihrer Folgen, ohne daß sich aber etwa die zu erwartenden englischen Maßnahmen zunächst zugunsten Deutschlands auswirken dürften. Im Gegenteil ist mit schweren Beeinträchtigungen des deutschen Außenhandels und mit verschärfter Konkurrenz durch englische Waren, insbesondere Kohle zu rechnen. Aller Welt zeigen sich nun die verhängnisvollen Konsequenzen der Reparationspolitik, deren Revision bisher vor allem an dem politischen Machtstreben Frankreichs scheiterte. Der frühere Reichsbankpräsident Schacht hat einem Vertreter einer New-Yorker Zeitung erklärt, daß das, was England jetzt tue, die Revision des internationalen Schuldensystems bedeute, und daß die englische Krise in drastischer Weise zeige, daß die wirtschaftliche Struktur der Welt nicht auf unbegrenzte Zeit durch falsche politische Maßnahmen gefährdet werden könne. England arbeitete gleichfalls, wie Deutschland, mit einer sehr erheblichen kurzfristigen Auslandsverschuldung, nur daß, im Gegensatz zu uns, auch gewaltige englische Ausleihungen in der Welt bestehen. Diese Ausleihungen sind aber festgelegt, und zum Teil „eingefroren“, so daß sich das Pfund infolge der Weltwirtschaftskrise und der allgemeinen schweren Einbußen, welche der internationale Kredit überall erlitt, sehr gefährdet sah und zur Aufrechterhaltung des englischen Goldstandards immer größere Goldmengen aus England infolge der Abberufung ausländischer Kredite ausgeführt werden mußten.

Deshalb hat England die freie Goldausfuhr ausgezerrt, und ebenso die Einlösung der Pfundnoten in Gold. Das englische Pfund, seit 1925 wieder Standardwährung in der Welt, wird nun seinen Kurs nicht mehr nach dem Goldwert fest innehalten, sondern durch kreditpolitische Maßnahmen und das Gesetz von Angebot und Nachfrage

in Mannheim konnte eine Anzahl Mäler und Mühlenarbeiter Beschäftigung finden.

Die saisonmäßige Belebung des Bekleidungsgebietes trat nur schwach in Erscheinung; Maßschneiderei und Kürschnerei waren teilweise aufnahmefähig, während sich der Geschäftsgang der Konfektion noch nicht gebessert hat. Die Schuhindustrie ist meist noch befriedigend beschäftigt, nur von einzelnen kleineren Betrieben sind für die nächste Zeit Entlassungen angekündigt. Die Lage der Wälder Wälderhandelsfabrikation ist zufriedenstellend, die der Ulmer Gutindustrie sogar sehr gut.

Die Vermittlungstätigkeit für Friseur- und Friseurinnen beschränkte sich fast ausschließlich auf Aushilfen.

Im Baugewerbe sind die Hochbauten zum größten Teil fertiggestellt; private Neubauten sind in nennenswertem Umfang nicht mehr in Angriff genommen worden. Der Zustrom an arbeitslosen Bauarbeitern war daher stark und betrug insgesamt 953 Facharbeiter und 591 Bauhilfsarbeiter. Die Zahl wäre noch wesentlich höher, wenn nicht ein großer Teil von Arbeitnehmern aus dieser Berufsgruppe bei Hochbauarbeiten und bei den zugehörigen Arbeiten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hätte untergebracht werden können.

Im Viehwirtschaftsgewerbe hat sich die Lage nicht gebessert.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe geht die Saison in den Kurorten ihrem Ende entgegen. Im Bodenseegebiet ist bereits eine größere Anzahl von Arbeitnehmern dieser Berufsgruppe entlassen worden.

Die Vermittlungstätigkeit war in der Berichtszeit verhältnismäßig gering, zumal in den Städten die Vermittlungen in Gartenrestaurants, Strandbäder usw. infolge der ungünstigen Bitterung sehr eingeschränkt waren. Nur anlässlich der „Großen Woche“ in Baden-Baden und der „Südd. Gastwirts-messe“ in Stuttgart konnte eine größere Anzahl Aushilfsvermittlungen getätigt werden.

Im Verkehrsgewerbe war es wieder lediglich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die für die zusätzlichen Arbeiten zahlreiche Arbeitskräfte aus den verschiedensten Berufsgruppen zugewiesen werden konnten. Sonst wies das Verkehrsgewerbe kaum Veränderungen auf; nur in Mannheim trat eine geringe Zunahme der arbeitslosen Hafenarbeiter ein, während zu einer Rheinischschiffahrtsgesellschaft, die einen Teil ihrer Flotte wieder in Fahrt setzte, ein Teil des notwendigen Personals vermittelt werden konnte.

Die starke Steigerung der Zahl der Arbeitsuchenden in der Berufsgruppe häusliche Dienste ist darauf zurückzuführen, daß weiterhin ein großer Teil der Arbeiterinnen, die früher in Industrie und Handel oder in der Privatwirtschaft gearbeitet hatten, versucht, als Hausangestellte Arbeit zu finden. Unterbringungsmaßnahmen bestanden nur in engen Grenzen, da die Nachfrage infolge der gegenwärtigen Wirtschaftslage zurückgegangen ist.

Für Lohnarbeiter wechselnder Art waren Arbeitsmöglichkeiten fast nur bei den Notstandsarbeiten und den zusätzlichen Arbeiten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gegeben.

Bestimmen. Damit ist die Möglichkeit sowohl einer Inflation, wie einer „Devalorisation“, d. h. einer absichtlich herbeigeführten Wertminderung der englischen Währung gegeben. Es ist nicht anzunehmen, daß England nun von einer Inflation heimgegriffen wird, dagegen ist es möglich, und diese Möglichkeit ist von außerordentlich weittragender Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft — auch für die deutsche Wirtschaft — sie enthält außerdem eine schwere Drohung gegen die in Besitz der größten Goldschätze befindlichen Länder, Frankreich und Amerika, daß durch Herabsetzung des Pfundwertes im Verhältnis zum Gold und eine spätere Stabilisierung auf einen solchen verringerten Wert, unter gleichzeitiger Festhaltung an den bisherigen inländischen Löhnen und Preisen sich England in den Stand setzt, viel wirkungsvoller als bisher auf den internationalen Märkten zu konkurrieren, und dadurch seinen Exporthandel durch Verminderung der Herstellungskosten zu steigern. Eine solche Maßnahme würde also zum Teil wie eine Lohnsenkung, wie Dumping, zum Teil auch wie Schutzölle, gegen die Länder wirken, die bisher weiterhin auf dem Goldstandard ihrer Währung verharren oder, wenn sie ihn verlassen sollten, nicht imstande sind, Löhne und Preise rechnerisch in gleicher Höhe zu erhalten wie bisher.

Aus diesem Grund liegen die Dinge für Deutschland wesentlich schwieriger als für England. Das deutsche Volk hat durch das immer größere Absinken des Marktwertes die Katastrophe der Inflationsjahre bis 1923 mit ungeheuren Vermögensverlusten breiter Schichten hinter sich. Es liegen bei uns einmal ganz andere psychologische und wirtschaftliche Voraussetzungen vor, mit denen gerechnet werden muß, dann aber außerdem eine ungleich größere Verschuldung an das Ausland, ein Nichtvorhandensein solcher Gegenwerte, wie sie England durch seine, wenn auch augenblicklich zum großen Teil eingetrossenen Auslandsguthaben besitzt, und außerdem überhaupt eine sowohl in außenpolitischer wie in innenpolitischer Hinsicht grundverschiedene Situation. Dazu kommt, daß Englands internationale Schulden größtenteils auf das Pfund abgestellt sind, also durch eine Devalorisation eine Verringerung erfahren würden, was nicht auf die deutschen, auf fremde Währungen und den Goldwert eingestellten internationalen Schulden zutrifft.

Die englischen Notmaßnahmen unterstreichen die Notwendigkeit, zu internationalen Neuregelungen der Schulden und Währungsprobleme zu gelangen und über dabei gleichzeitig, wie gesagt, einen Druck nicht nur auf die Weltwirtschaft, sondern auch auf die politischen Führungen der Staaten aus. Längst wurde in der Welt die Forderung erhoben, endlich eine grundlegende Vereinigung der Weltwirtschaftskrisis in Angriff zu nehmen. Natürlich geht es für uns nicht auf die Dauer mit Stillhalteabkommen weiter, wir können in der Welt nicht ein kreditpolitisches Eigenleben führen, ebensowenig, wie die anderen Staaten, auch nicht England. Das zeigt uns den Ernst der Situation. Daß Amerika den französischen Ministerpräsidenten Laval zu einer persönlichen Aussprache mit Hoover eingeladen hat, weist darauf hin, daß nun neue Ereignisse in Fluß kommen, deren Verlauf freilich augenblicklich noch nicht abzusehen ist.

### Deutschland und der Goldstandard

Im Zusammenhang mit den letzten Londoner Vorgängen wird in manchen Kreisen die Frage erörtert, ob es nicht auch für Deutschland zweckmäßig sei, nach dem Beispiel Englands vom Goldstandard abzugeben. Dazu wird von unterrichteter Berliner Seite bemerkt, daß die englischen Währungsmaßnahmen ja noch keineswegs eine endgültige Abkehr vom Goldstandard bedeuten. Die Rückkehr zu diesem System ist bekanntlich in der englischen Öffentlichkeit in den letzten Jahren häufig kritisiert worden; aber bisher liegt kein Grund dafür vor, daß die Einstellung der englischen Regierung sich irgendwie geändert habe. Schon daraus ergebe sich, daß Deutschland keine Veranlassung hat, eine Änderung seiner Währungsverhältnisse vorzunehmen. Dazu kommt noch, daß die internen wie die ausländischen Interessen, die Deutschland zum Festhalten des Goldstandards veranlassen, weiter bestehen.

### Die Bilanz der Reichspost

W.D. Berlin, 22. Sept. (Tel.) Die Entwicklung der Deutschen Reichspost stand, wie aus dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1930 (1. April 1930 bis 31. März 1931) hervorgeht, stark unter dem Einfluß der allgemeinen Wirtschaftskrise. In dem Rechnungsjahr sind an Betriebseinnahmen 2208,2 Millionen RM ausgenommen. Das Mehr gegenüber den Betriebsausgaben beträgt 154,4 Millionen Reichsmark, wovon 115 Millionen RM an das Reich abgeführt und 39,4 Millionen RM als Zuweisung zum Vermögen berechnet worden sind.

In der Bilanz (Vermögensnachweis) sind die Anlagen einschließlich der Vorräte auf 2801 (2712) Millionen RM gestiegen. Der Zugang beträgt bei den Sachwerten 96,5 Mill. Reichsmark, bei den Geldwerten 17,5 Millionen RM. Die gesetzliche Rücklage (100 Millionen RM) und die Betriebsmittel (45 Millionen RM) sind unverändert geblieben. Im ganzen weisen die Posten einen Zugang von 50,9 Millionen RM auf.

Der neue französische Botschafter, Fonce, in Berlin wurde am heutigen Dienstag vom Reichspräsidenten zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. In seiner Ansprache erklärte der Botschafter, zielbewußte Zusammenarbeit — besonders zwischen Frankreich und Deutschland — sei notwendig, um aus den wirtschafts- und finanzwirtschaftlichen Herausforderungen, und das werde auch seine Regierung durch den Mund der beiden französischen Staatsmänner ausdrücklich ihres demnächstigen Besuchs in Berlin nochmals zum Ausdruck bringen. Reichspräsident von Hindenburg erwiderte: Bei der Abwehr von Not und Zusammenbruch könne man nur dann erfolgreich zum Ziele kommen, wenn alle Völker zusammenwirkten.

Reichsaussenminister Dr. Curtius reist Mittwoch nachmittag aus Genf nach Berlin ab. In Vertretung des Reichsaussenministers wird für den Rest der Völkerbundstagung Graf Bernstorff die Führung der deutschen Delegation übernehmen.

### Die Stimmung in London

#### Rückkehr Hendersons in die Regierung?

W.D. London, 22. Sept. (Tel.) Reuter meldet: Trotz der Nachrichten über den Stand des Pfundes im Ausland war die Stimmung durchaus zuversichtlich. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß gewisse Verluste unvermeidlich und zu erwarten seien, bevor es gelinge, das Pfund zu einem neuen Kurse zu stabilisieren. Die gestern vom Parlament ergriffenen Maßnahmen trugen dazu bei, die bereits vorhandene zuversichtliche Stimmung noch günstiger zu gestalten. Es werden sogar Stimmen laut, die von einer Rückkehr Hendersons, des Chefs der Opposition, in die Regierung sprechen. Durch dieses Ereignis würde die Regierungsoption nur noch aus einigen Unveränderlichen bestehen. Die Tatsache, daß gestern Henderson eine lange Unterredung mit MacDonald hatte, führte zu zahlreichen Vermutungen.

Der „Sunday Chronicle“ behauptet andererseits, in der Lage zu sein, bedeutende Wandlungen anzukündigen zu können, die sich in mehr oder weniger naher Zukunft in der Regierung abspielen werden. So werde u. a. die Bildung eines inneren Kabinetts erfolgen, dem fünf Personen angehören würden, die als die Diktatoren von Großbritannien angesehen werden müßten. Diese fünf Personen seien MacDonald als Premierminister, Baldwin als Vizepremier, Neville Chamberlain als Schatzkanzler, Thomas als Staatssekretär und Sir John Simon als Innenminister. Die Zeitung ist der Meinung, das Parlament werde am 3. Oktober aufgelöst werden und Neuwahlen würden schon am 28. und 29. Oktober stattfinden.

#### Paristimmung an der Riviera

W.D. Paris, 22. Sept. (Priv.-Tel.) Die englische Währungsfrage hat unter den zahlreicheren dauernd oder vorübergehend in Paris weilenden Engländern geradezu panikartig gewirkt. In den großen Hotels gab es eine wahre britische Auswanderung. Viele Engländer zogen es vor, schleunigst die Heimreise anzutreten. Die Jüge nach Calais waren infolgedessen überfüllt. Noch alarmierender wirkte die Krise an der Riviera. Die Banken wurden dort gestern nachmittag von Hunderten von englischen Reisenden belagert. Die Riviera-Banken zahlten für das englische Pfund nur 85 Franken, wechselten auch nur zehn Pfund auf einmal um. Nur die großen Hotels zahlten ihren Kunden entgegenkommenderweise 90 Franken für das Pfund. Bemerkenswert ist, daß an der Riviera schon während der letzten drei Tage das Pfund unter dem offiziellen Währungskurs gehandelt wurde.

#### Pariser Stimmen

W.D. Paris, 22. Sept. (Tel.) Die Pariser Presse beschäftigt sich heute erneut mit den Londoner Ereignissen. Der „Excelsior“ sagt, der Goldstandardwert der französischen Waren für die englischen Käufer würde drückend, und deshalb werde die französische Ausfuhr noch weiter nachlassen. Andererseits werden sich Handel und Industrie Frankreichs gegen die Konkurrenz billiger englischer Waren wehren müssen.

„Journée Industrielle“ schreibt, eine Zeit künstlichen Aufschwungs des englischen Außenhandels stehe bevor. Die englische Regierung wolle dadurch Zeit gewinnen, um nach ersten Heilmitteln für die Krise zu suchen. Frankreichs Interessen seien eng mit den englischen verbunden. Frankreich müsse alles tun, um den Witz der englischen Währung zu bekämpfen.

Der „Quintidiin“ befürchtet, daß Frankreich ernst betroffen werden könnte, wenn es sich nicht gemeinsam mit den Vereinigten Staaten um die Rettung des Pfundes bemühe.

### Der Widerhall in Genf

#### Das Tributsystem muß fallen

Gleichzeitig mit der allgemeinen Erklärung der englischen Finanzkreise fand am Montag zum erstenmal im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes eine grundsätzliche Aufrollung des internationalen Reparations- und Schuldenproblems durch den belandenen holländischen Sachverständigen Colijn statt. Colijn erklärte, daß die Ereignisse sich übertrügen. Es sei vollkommen ausgeschlossen, daß auf Jahrzehnte hinaus enorme Zahlungen aus einem Teil Europas in andere Länder abgeführt werden, ohne daß dafür Gegenleistungen erfolgten, und ohne daß die Empfangsländer sich bereit fänden, die Waren der Schuldverländer aufzunehmen.

In der weiteren Aussprache erklärte der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Ritter u. a.: Von großer Bedeutung sei, daß zum ersten Male auf dieser Vollversammlung des Völkerbundes die zentrale Bedeutung des Reparationsproblems anerkannt und insbesondere nicht nur von Deutschland sondern auch von Ländern aufgefordert worden sei, die am Reparationsproblem nicht interessiert wären. Wenn von solcher Seite auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Regelung des Reparationsproblems hingewiesen werde, so zeige das, daß ein enger Zusammenhang zwischen dem Reparationsproblem und der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise bestehe.

Deutschland habe bisher seine politischen Schulden durch kurzfristige Kredite bezahlt und sei nun aber gezwungen, die Schulden durch seine Ausfuhr zu bezahlen. Der Ausfuhrüberschuß Deutschlands werde voraussichtlich 8 bis 3 1/2 Milliarden betragen, müsse aber noch weit höher sein, um Deutschland die Bezahlung seiner politischen Schulden zu ermöglichen. Das sei der einzige Grund, der Deutschland zwingt, sich der Herabsetzung oder Festlegung der künftigen deutschen Ausfuhr (wie sie bekanntlich die Schweiz plant) zu widersetzen. Auch andere Staaten würden in den allgemeinen Zusammenbruch mit hineingezogen werden. Das System der Goldwährung sei durch die Ereignisse der letzten Tage dem Bankrott entgegengeführt worden.

### Ausdehnung des Standrechts in Budapest

#### Eodesstrafe für Aufwieglung

In Budapest ist das Standrecht, das sich bisher auf Aufwieglung, Brandstiftung und auf mit Sprengmitteln verübte oder verübte Mordtötung oder Mord sowie auf Verabredung hierzu bezogen hat, ausgedehnt worden auf Gewalttätigkeit gegen Behörden oder behördliche Verordnungen, die durch Ansammlung verübt oder versucht wird, auf öffentlich begangene Gewalttätigkeit gegen Privatpersonen, auf Mord oder beabsichtigte Mordtötung durch Schusswaffen, auf Vergiftung von Brunnen oder Wasserleitungen, auf Schädigung von Bahntrecken, auf gewalttätigen Umsturz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, namentlich auf Organisation zur gewalttätigen Herbeiführung der Herrschaft irgendeiner Klasse.

Derjenige, der die aufgezählten Verbrechen begeht, erwägt, teilnimmt, oder dazu anstiftet, ist mit dem Tode zu bestrafen. Täter der Mitter sind vor das Standgericht zu stellen und die Strafe ist in der Regel umgehend zu vollstrecken.

### Die Suspendierung des englischen Goldstandards

#### Annahme durch das Parlament

Die beiden Häuser des englischen Parlaments, das Unterhaus und das Oberhaus, haben am gestrigen Montag den Gesetzentwurf über die Goldwährung angenommen. Das Unterhaus nahm mit 271 gegen 148 Stimmen einen Vorschlag der Regierung an, die Debatte nach der zweiten Lesung zu schließen. Der Gesetzentwurf wurde mit demselben Stimmenverhältnis in zweiter Lesung angenommen, ebenso in dritter Lesung in einfacher Abstimmung. Der linke Flügel der Arbeiterpartei stimmte gegen die Vorlage. Darauf verabschiedete auch das Oberhaus die Gesetzesvorlage. Der König unterzeichnete danach.

Der Gesetzentwurf enthält u. a. die nachträgliche Genehmigung der Handlung der Bank von England, zu der sie am Sonntag durch die Regierung ermächtigt wurde, und ermächtigt das Schatzamt, Verfügungen zu erlassen, um Maßnahmen zur Überwindung der durch die Suspendierung des Goldstandards entstehenden Schwierigkeiten in Kraft zu setzen.

Schatzkanzler Snowden betonte, dies würde den freien Goldmarkt in London nicht einschränken. Alles Gold, das nach London zum Verkauf gesandt werde, würde seinen jeweiligen Marktpreis erzielen. Auf die Bewegungsfreiheit des Goldes, das von ausländischen Regierungen und Banken der Bank von England zur Aufbewahrung übergeben worden sei, würden keine Beschränkungen gelegt werden. Ihren Verpflichtungen werde die Regierung weiter nachkommen. Sodann gab der Schatzkanzler eine Darstellung der Lage, die die Einbringung der Gesetzesvorlage notwendig gemacht habe. Er schilderte die bekannten Vorgänge seit Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt bis zu der Mitteilung der Bank von England, daß die Nachfrage nach Gold nicht mehr weiter befriedigt werden könne. Unsere interne Position, so betonte Snowden weiter, ist sicher, und es ist für uns von lebenswichtiger Bedeutung, diese Position zu erhalten. Diejenigen, die Vertrauen in das Pfund Sterling hätten, würden sich nicht getäuscht sehen. Die Welt müsse lernen, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht aufrechterhalten werden könne, wenn jeder gleichzeitig versuche, seine Anlagen zu liquidieren. Es bestehe die Möglichkeit, daß die gegenwärtige Krise die Wege für eine bessere internationale Zusammenarbeit ebne würde, aber es bestehe die Gefahr, daß vorläufig die Maschinerie des internationalen Kredits in Unordnung geraten sei.

In den Ausführungen Snowdens war noch eine Stelle von besonderer Bedeutung, in der der Schatzkanzler die Bereitwilligkeit der britischen Regierung, eine internationale Konferenz abzuhalten, betonte. Es sei der Regierung, erklärte Snowden, jedoch reichlich klargemacht worden, daß jeder Vorschlag dieser Art anderen Mächten nicht willkommen und daher eine Konferenz zum Scheitern verurteilt sein würde. Es könne jedoch sein, daß die augenblickliche Krise denen, die es bisher abgelehnt hätten, sich an einer Erörterung dieser Frage zu beteiligen, die Notwendigkeit einer dringenden Aktion vor Augen halten würde. Die britische Regierung werde bestimmt keine Gelegenheit verpassen, um die Dringlichkeit und Wichtigkeit dieser Frage zu betonen.

Im Verlauf der Debatte kritisierte der Arbeiterparteiliche Wite ziemlich scharf die Politik der Regierung. Die Tatsache, daß sie einen dreimal so hohen Zinsfuß wie gewöhnlich für ihre Pariser Kredite bezahle, sei zum großen Teil schuld an dem Zusammenbruch des Sterling, ferner der Umstand, daß ein großer Teil britischer Untertanen ihr Kapital ins Ausland gebracht hätten. Die Regierung müsse die Bankenlage ebenso beaufsichtigen, wie dies Deutschland vor kurzem getan habe.

Mosley forderte in einer Rede die Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, die der unglücklichen Lage gewachsen seien und zu erklären, in welcher Höhe sie das Pfund stabilisieren werde und es dann mit Entschiedenheit und Kraft zu stützen. Auch die englischen Kapitalanlagen im Ausland könnten zur Stützung des Pfundes verwendet werden.

Bervan vom linken Flügel der Arbeiterpartei verlangte, daß man den Arbeitern dafür, daß sie sich während dieser Krise ruhig verhielten, Konzeptionen eintäume.

Der konservative Boffy gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Maßnahmen der Regierung mehr als alles andere dazu beitragen würde, Frankreich und Amerika zu einer vernünftigeren Auffassung zu bewegen.

Der ehemalige Landwirtschaftsminister Dr. Addison übte scharfe Kritik an der Regierung sowie an der Unfähigkeit der Bankwelt und fragte, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedente, um die Lebenshaltungskosten zu kontrollieren.

Der Finanzsekretär des Schatzamtes, Major Elliot, erwiderte ihm, daß die Regierung jede Steigerung der lebenswichtigen Güter unter scharfer Kontrolle halten würde. Wenn England im Anflug vom Goldstandard abgewichen wäre, würde wegen des unausgeglichenen Budgets eine internationale Inflation eingetreten sein.

### Verkleinerung des preussischen Staatsrates

W.D. Berlin, 22. Sept. (Priv.-Tel.) Der angekündigte Entwurf über die Veränderung der Zusammensetzung des preussischen Staatsrats liegt nunmehr vor. Es soll in Zukunft auf 750 000 Einwohner (bisher 500 000) einer Provinz ein Vertreter für den Staatsrat entfallen. Eine weitere Änderung soll dahin vorgenommen werden, daß eine Provinz mindestens zwei (bisher drei) Vertreter im Staatsrat haben soll. Das Gesetz soll am 1. Januar 1932 in Kraft treten und dann sollen alsbald Neuwahlen stattfinden. Die Neuordnung bedeutet eine Herabsetzung der Zahl des zur Zeit 81 Mitglieder zählenden Staatsrates um ein Drittel.

Ministerbesprechung über Erwerbslosenfindung. Im Laufe des Montagnachmittags fand in Berlin eine Ministerbesprechung über die Frage der Anstiedlung der Erwerbslosen an der Peripherie der Städte statt. Die Materie dürfte in der großen Rotverordnung mit dem übrigen Winterprogramm zusammen geregelt werden.

Die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau wurden am Montagabend abgebrochen und auf heute, Dienstag, vertagt.

Der Wirtschaftsausschuß der Völkerbundversammlung befaßte sich am Montag mit finanziellen Fragen. Der holländische Delegierte Colijn erklärte die jetzige Reparations- und Schuldenregelung für unfinnig und sprach sich für den Franco-Plan einer internationalen Industrie- und Handelsbank aus, den auch der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Ritter, unterstützte.

## Ein Rüstungsfeierjahr?

Nähe Aufnahme in Frankreich

Paris, 22. Sept. (Tel.) Die Anregung des italienischen Generals de Marinis im Genfer Abrüstungsausschuss, ein Rüstungsfeierjahr vorzuschlagen, wird auf französischer Seite ziemlich kühl und sogar ablehnend aufgenommen. Eine Genfer Korrespondenz betont, daß der italienische Vorschlag in vielen Punkten geklärt werden müsse. Ein Abkommen lasse sich nicht improvisieren. Namentlich könne der Faktor Rußland bei einer solchen Debatte nicht außer acht gelassen werden.

Der Außenpolitiker des „Journal“ meldet dazu seinem Blatte aus Genf: Alles in allem tritt bei dem italienischen Vorschlag eindeutig zutage, daß man es mit einem Plane zu tun habe, der einzig und allein den Bestrebungen der Angelsachsen und Italiener Rechnung tragen will. Glücklicherweise meint der Außenpolitiker des Blattes — sei der Plan gegenstandslos, und die französische Delegation würde das heute dazunehmen.

## Litwinow an den Völkerbund

Moskau, 22. Sept. (Tel.) Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Litwinow sandte dem Völkerbund ein Telegramm, in dem es heißt, die Sowjetunion sei bereit, sich dem Antrage des italienischen Außenministers unter der Bedingung anzuschließen, daß er in verpflichtender Form von allen Ländern angenommen wird, daß er ferner alle Rüstungsgegenstände umfaßt und daß schließlich bei der Unterzeichnung die Verpflichtung besteht, daß dadurch keinesfalls die Hauptfrage der Abrüstung oder der Einschränkung schon existierender Rüstungen, über die in aller nächster Zeit eine Entscheidung herbeizuführen wäre, ersetzt und von der Tagesordnung gestrichen wird.

## Der japanische Einmarsch in China

Kirin besetzt

London, 22. Sept. (Tel.) Reuters meldet aus Tokio, daß japanische Truppen gestern Abend Kirin, die Hauptstadt der Kirin-Provinz, besetzt haben. Die Verwaltung der sübmantchurischen Eisenbahn wird vorläufig die Kontrolle der Eisenbahn Sichang-Kirin übernehmen.

„Daily Mail“ meldet aus Tokio, daß man gestern die ersten japanischen Verstärkungen für die Mandchurie und Korea abgefangen habe. Dieses eigenmächtige Vorgehen des Militärs widerspreche der Politik des japanischen Kabinetts, und die Beziehungen zwischen diesem und dem Generalstab seien äußerst gespannt. Der Generalstab sei nicht dem Kabinet, sondern dem Monarchen direkt verantwortlich.

Wie Reuters aus Washington berichtet, ist das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten nicht der Meinung, daß die japanisch-chinesische Lage gegenwärtig Anlaß dazu bietet, auf den Kellogg-Pakt hinzuweisen.

## Die erste Notverordnung in Hessen

Der hessische Finanzminister Kirnberger machte in einer Pressebesprechung Mitteilung über den Inhalt der ersten Notverordnung, die eine Kürzung der Beamtengehälter bringt, welche die Darstellung des „Darmstädter Tagblatt“ bestätigt. Bei Schaffung einer allgemeinen Freigrenze von 1500 RM. soll die Kürzung bei einem Einkommen von 1600 RM. 0,3 Proz. betragen und sich bei einem Einkommen bis 10 000 Reichsmark bis zu 4,25 Proz. steigern. Die unterbezahlten Beamten werden noch um 5 Proz. die überbezahlten um 3 Proz. darüber hinaus in ihren Gehältern gekürzt. Die Kürzung fällt nicht unter diese Regelung. Die Sperre für die Aufrückung in höhere Gehaltsstufen ist auf ein Jahr festgesetzt.

## Die deutschen Ozeanflieger gerettet

Aus Toronto (Kanada) wird gemeldet, daß das norwegische Motorschiff „Belmoira“ die vermissten deutschen Ozeanflieger, die seit 158 Stunden auf dem Wasser trieben, aufgenommen hat. Auf dem Flugzeug befanden sich die beiden Deutschen Hoby und Johannsen und der Portagiese Beiga. Die beiden Deutschen befinden sich bei bester Gesundheit, lediglich Costa Beiga hat eine Beinverletzung erlitten. Die Flieger wurden etwa 50 Meilen von der Stelle aufgefunden, wo man ihre Maschine am 14. September gesichtet hatte. Daraus wird geschlossen, daß ihr Kompaß durch die Erzlager von Wellisland gestört worden ist, so daß sie im Kreise herumgeflogen sind, bis der Brennstoff erschöpft war.

## Kleine Chronik

Auf einem unbewachten Übergang zwischen den Bahnhöfen der Nebenbahnstrecke Cappelried-Loburg (bei Magdeburg) ist Montag nachmittag ein Personenauto mit einem Personenzug zusammengestoßen. Von den Insassen des Autos wurden zwei Frauen und zwei Kinder getötet, zwei Frauen schwer und eine Frau leicht verletzt. Nach Aussagen von Zeugen liegt ein Verstorbenen der Autoführerin vor.

Das Motorboot „Annamarie“ mit 19 Personen an Bord geriet bei Nordern in Seenot und ging unter. Vier Personen wurden gerettet. Es sind fünfzehn Personen, sämtlich Dornier-Einmotorer, ums Leben gekommen. Die Geretteten sind zur Zeit noch nicht vernehmungsfähig, da sie verletzt und völlig erschöpft sind. Unter den Umgekommenen befindet sich der Redaktionsleiter und Zeitungserbeleger Specht von Vorkum.

Aus unbekannter Ursache explodierte in der Nähe von Balis-Bort (Estland) das estnische Motorboot „Karu“ und ein anderes Motorboot, das der „Karu“ zu Hilfe eilte. Der Kapitän, acht Matrosen und der schwedische „Schmuggelkönig“ Malmberg, also zehn Personen, kamen ums Leben.

Durch ein offenes Fenster im ersten Stock des Gebäudes der Bundesforstverwaltung in Gaisern (Oberösterreich) wurde Sonntag Abend eine Dynamitpatrone geworfen. An der Patrone befand sich eine Zündschnur, die der Täter in Brand gesetzt hatte. Die Patrone fiel in ein Zimmer des Leiters der Forstverwaltung, Oberforstrat Renner, explodierte aber nicht, da die Ladung zu feucht war.

Zwischen Kioesti und Slobazia (Rumänien) stießen zwei mit voller Geschwindigkeit fahrende Petroleumtanks zusammen. Etwa 50 Waggons Petroleum verbrannten. Bisher sind fünf Eisenbahner als verunglückte Leichen geborgen worden.

Der Wächter des Biadutt bei Via Torbagn, der Unglücksfälle des Eisenbahnverkehrs in Ungarn, wurde auf dem Biadutt von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet.

Geh. Rat Littmann 7. In München ist der bekannte Architekt, Geh. Hofrat Littmann, von der Baufirma Heilmann u. Littmann AG, München-Berlin, im 70. Lebensjahr gestorben. Littmann hat u. a. in München das Prinzregenten-Theater, die Schach-Galerie, das Hofbräuhaus, das Verlagsgebäude der „Neuesten Nachrichten“, das Künstlertheater in das Schauspielhaus, ferner das deutsche Nationaltheater in Weimar und das Schiller-Theater in Charlottenburg gebaut.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Die Ausschüßberatungen über das Spargutachten

Die Sparmaßnahmen im Bereich des Innenministeriums bildeten am Montag den hauptsächlichsten Beratungsgegenstand der Ausschüßberatungen. Zunächst erfolgte die Wahl des Abg. Dr. Perlon zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses.

Der deutschnationale Antrag über Verringerung der Ministergehälter wurde abgelehnt. Über das Innenministerium berichtete der Abg. Rufbaum. Die Frage der Verwaltungsreform soll später endgültig geregelt werden. Die oberen Verwaltungsbeamten wendeten sich gegen die Aufhebung der Landeskommissäre. Diese Frage will die Regierung prüfen. Die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes sollten mehr die Bedürfnisse der Wirtschaft berücksichtigen. Die Zusammenlegung von kleineren Gemeinden sei möglichst zu fördern. Die zu günstige Einreihung der Gemeindebeamten werde geändert. Bei der Zusammenlegung von Handwerkskammern und Handelskammern müsse auf die Grenzverhältnisse und die kleinen Gewerbetreibenden Rücksicht genommen werden. Es soll nochmals Rücksprache mit den Kammern geführt werden. Beschlüssen wurde, die Entscheidung über Amtskürperlichkeiten zurückzustellen.

Zur Frage einer Aufhebung der Landeskommissäre erklärte der Innenminister, es sei besser, diese Frage noch offen zu lassen. Vielleicht würden auch zwei Landeskommissäre genügen. Zur Zeit mache die Gemeindefürsorge viel Arbeit. Einer späteren Regelung dieser Frage würde nicht widersprochen. Die Frage einer Zusammenlegung von Gemeinden solle — wie die Regierung erklärt — geprüft werden. Schließlich wurden die Vorschläge zum Ministerium des Innern gebilligt gegen zwei Enthaltungen. Zur Erledigung gelangte sodann noch der Verwaltungsgerichtshof, die Bezirksverwaltung und die Vorschläge zur Polizei. Die Beratungen hierüber werden am heutigen Dienstag fortgesetzt.

#### Der verstorbene Staatspräsident und die Polizei

Die „Badische Polizei“, das Organ des Landesverbandes der Polizeibeamten Badens, widmet eine Sondernummer dem Gedenken an den heimgegangenen Staatspräsidenten Bittmann. Darin heißt es u. a.:

„Mit Staatspräsident Bittmann verliert die badische Polizeibeamtenschaft ihren ehemaligen Chef und großen Gönner. So wie er sein hohes Amt als Polizeiminister mit Güte, Umsicht und Klugheit, aber auch mit dem feinsten Scharfsinn, durchgeführten Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung, in mühseliger und vorbildlicher Weise verfaß, so war er auch als Mensch jederzeit hilfsbereit.“

#### Max-Viktor-von-Scheffel-Stiftung

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat das diesjährige Stipendium aus der zur Förderung begabter badischer Knaben bestimmten Max-Viktor-von-Scheffel-Stiftung zu 250 RM. auf Vorschlag des Stiftungs-Kuratoriums den Knabenstudierenden Ernst Röhner in Karlsruhe und Hellmut Brumme in Freiburg i. Br. zugewiesen.

#### Aufhebung einer Verordnung

Die Verordnung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomaschlacken gemahlen oder Thomaschlackemehl gelagert wird (vom 14. Juli 1909), tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 außer Kraft.

Verarbeitung der Gemeinderatsgebühren. Auf Antrag der Nationalsozialisten wurde in Breiten der monatliche Vergütungssatz der Gemeinderäte von 30 auf 5 RM. herabgesetzt.

#### Aus der Landeshauptstadt

Promenadenkonzert. Am Mittwoch, dem 22. d. M., nachmittags von 5 bis 6 Uhr, veranstaltete die Badische Polizeikapelle auf dem Platz vor der Ausstellungshalle ein Promenadenkonzert, unter Leitung von Obermusikdirektor Schlig.

Badisches Landestheater. Goethes „Götter und Helden“ geht am Dienstag, dem 22. September, zum drittenmal in Szene. Mit dem dreitägigen „Tempo über hundert“ von Franz Cammerlohr bringt das Schauspiel am Freitag, den 25. September, die erste Erstaufführung der Spielzeit. Das Stück, dem der Verfasser keine Gattungsbearbeitung mitgab, darf den Komödien zugerechnet werden und stellt in der männlichen Hauptfigur ein geschäftsmännliches großes Talent in den Mittelpunkt, einen Charakter von modernster Problematik, der um seiner hochgestellten Ziele willen in der Wahl seiner Mittel zum Zweck von „des Gedankens Blässe“ völlig unangekämpft ist. — Die Oper bringt am Mittwoch, den 23. September, „Maskenball“ zur Wiederaufführung, am Donnerstag, den 24. September, die „Salome“ von Richard Strauss zur Wiederholung, und am Sonntag, den 27. September, die zweite Aufführung der „Frau ohne Schatten“, unter musikalischer Leitung des Komponisten Richard Strauß selbst. Am 28. September geht das Singspiel „Am weissen Rößl“ von Ralph Benatzky zum zweiten Male in Szene. Im Konzerthaus gelangt am Sonntag, den 27. September, die „Schwanz-Operette „Frauen haben das gern“ von Arnold und Bach, mit der Musik von Walter Kollo, zur Erstaufführung.

Die Durlacher Kirchweih. Auch in der Nacht zum Montag kam es in Durlach mehrfach zu Schlägereien, wobei verschiedene Personen leicht verletzt wurden.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Der hohe Druck liegt unverändert über England fest. Damit dauert die Zufuhr polarer Luft nach Mitteleuropa an, die gestern unter heftiger, streifenweise sogar vom Gewitter begleiteter Dauerhaftigkeit erfolgte und im Hochschwarzwald bei leichtem Frost Schneefälle brachte. Auch morgen wird die Zufuhr polarer Luft anhalten. Voraussage: Fortdauer der nachfolgenden, meist noch unbeständigen Witterung bei nordöstlichen Winden. Im Hochschwarzwald weitere Schneefälle.

#### Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Forstheim, 21. September. Veritente Polizei muß gegen Obstdiebe eingegriffen werden. Eine Polizeireiterstaffel mußte einem Feldhüter zu Hilfe kommen, als er gegen eine größere Anzahl Felddiebe einschreiten mußte. Acht Personen im Alter von 19 bis 27 Jahren wurden vorläufig festgenommen. Von einer anderen Reiterstaffel wurde ein 56 Jahre alter Schreiner betreten, der von Grundhüden etwa 20 Pfund Obst entwendete. Weiterhin wurden fünf Burschen ermittelt, die auf einem Grundstück Äpfel von den Bäumen schüttelten und an sich nahmen.

Bad. Mannheim, 21. Sept. Am Samstagabend wurden auf dem Marktplatz und in der Redarstadt Aufsammlungen von Kommunisten durch die Polizei zerstreut. In der Redarstadt traten Sprechkreise auf. Die Polizei griff hier zum Gummieisenschuß. Es wurden insgesamt drei Verhaftungen vorgenommen.

Bad. Eppingen, 21. Sept. Wie jetzt erst bekannt wird, wurde am Freitagabend in einem Hause der Schillerstraße eingebrochen. Den Tätern fiel ein Koffer in die Hände, der 400 Stück englische Pfundnoten (= 8000 RM.), bestehend in fünf- und Einpfundnoten, ferner ein englisches Pfund in Silber und 200 RM. in deutschem Geld enthielt. Das Geld gehört einer aus England hier zu Besuch weilenden Dame.

Bad. Konstanz, 21. Sept. Samstag Abend verstarb der in Konstanz und in weiten Kreisen des Bodenseegebietes hochangesehene Inhaber der Firma „Holz- und Kohlenhandlung Grubler“, Stadtrat Alfred Ellegast, im Alter von 52 Jahren. Der Verstorbene war lange Jahre als Stadtverordnetensobmann im Bürgerausschuß tätig und seit der letzten Gemeindevahl als Stadtrat. Erst vor wenigen Tagen konnte der so rasch aus dem Leben Geschiedene die silberne Hochzeit feiern.

Bad. Konstanz, 21. Sept. Hier ereignete sich auf dem Rathaus ein aufregender Vorfall. Ein Unterstützung suchender Mann benahm sich vor dem diensttuenden zweiten Bürgermeister derart rabiat und mit Tätlichkeiten drohend, daß er erst mit Hilfe von mehreren Polizisten aus dem Lokal entfernt werden und in Gewahrsam gebracht werden konnte.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

	22. September		21. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	—	—	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.36	112.47	112.66
Italien 100 L.	—	—	—	—
London 1 Pf.	—	—	19.23	19.27
New-York 1 D.	—	—	—	16.55
Paris 100 Fr.	15.52	16.56	16.51	—
Schweiz 100 Fr.	82.22	82.38	82.32	82.48
Wien 100 Schilling	—	—	—	—
Prag 100 Kr.	—	—	12.477	12.497

Die Berliner Börse bleibt heute und morgen geschlossen. Der Berliner Börsevorstand macht bekannt: Mit Rücksicht auf die Schließung der Londoner Börse und anderer europäischer Börsen findet am 22. und 23. September eine Notiz von Wertpapieren, Devisen und Metallen an der Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht zulässig. Devisen werden heute in der Reichsbank festgestellt werden. Von den deutschen Börsen bleiben außer Berlin auch Köln, Frankfurt, Hamburg, München und Düsseldorf nach den zur Zeit vorliegenden Nachrichten heute und morgen geschlossen. Bei den übrigen Plätzen ist mit der gleichen Maßnahme zu rechnen.

Die auf den 23. d. M. festgesetzte Fälligkeit der Differenzzahlungen aus Termingeschäften wird durch die fortwährende Einstellung der Notizen nicht berührt, da die Anschaffung der notwendigen Beträge im allgemeinen bereits Ende der vorigen Woche erfolgt ist. Dasselbe gilt, wie bereits gestern zum Ausdruck gebracht worden ist, für die sonstigen Lieferungs- und Zahlungsverpflichtungen.

#### Die englische Währungskrise

Von den europäischen Wertpapierbörsen waren am Mittwoch außer der Londoner Börse, die auch heute geschlossen bleibt, die Börsen von Amsterdam (die heute wieder öffnet), Brüssel, Antwerpen, Wien und Stockholm geschlossen. Auf der Basler und Züricher Börse fand ein beschränkter Börsenverkehr statt. Die Pariser Börse hielt bis auf den Börsenverkehr ihren Betrieb aufrecht; sie bleibt weiter geöffnet.

Über die Lage der Devisenmärkte wird berichtet, daß in Berlin, wo bekanntlich nur ein amtlicher Kurs für die ausländischen Devisen von der Reichsbank festgesetzt wird, am Montag das englische Pfund 19,25 notierte, gegen 20,47 am Samstag. In New York war das Pfund starken Schwankungen unterworfen. Nachdem es am Samstag noch 4,85 notierte, eröffnete es am Montag mit 4 bis 4,25, um sich nach einer weiteren Abwärtswendung bis auf 3,90 gegen 17 Uhr New-Yorker Zeit wieder auf 4,32 zu erholen. In Zürich wurde das Pfund am Montag mit 24,75 gegen 24,86% am Samstag genannt. In Paris nannte man das Pfund im freien Handel 110 bis 112 gegen 123,97 am Samstag. In London lag im freien Verkehr der Dollar schließlich auf 4,25. Der französische Frank lag mit 110 gegen 123,97 am Samstag schon vormittags sehr fest, zog dann mittags wieder auf 102 an und schloß mit 108,5. Die Reichsmark wurde höchst mit 19 und niedrigst mit 18 gegen 20,525 am Samstag genannt.

Diskontierung der Imperialbank of India. Die Imperialbank of India hat ihren Diskontsatz von 7 auf 8 Prozent erhöht. Der Satz von 7 Prozent war seit dem 6. August in Kraft.

Amerikanische Banken schließen ihre Schalter. Die Bank von Pittsburg und Pennsylvania ließ mitteilen, sie werde ihre Schalter nicht wieder öffnen. Ferner haben die Staatsbank von Eau Claire (Wisconsin), deren Gesamteinlagen sich auf vier Millionen Dollars belaufen, und die Union Savings-Bank ihre Schalter geschlossen.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung.

Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel.

Auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung wird angeordnet:

Das mit Bekanntmachung vom 3. Juli 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 213) erlassene, bis 30. September 1931 befristete Verbot von Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel wird bis einschließlich 31. März 1932 verlängert.

Karlsruhe, den 21. September 1931.

Der Minister des Innern

Maier.

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:

Kraft Gesetzes mit Wirkung vom 1. Januar 1932 in den Ruhestand versetzt: Hausmeister Adam Schröder bei der Landeshauptkasse.

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 37

Er erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden

22. September 1931

## Zum Gutachten der Sparkommission über die badische Staatsverwaltung

Die gehobenen mittleren Beamten Badens haben in einer dem Landtag zugegangenen Denkschrift vom 31. August d. J. ebenfalls Stellung zu den Vorschlägen der Sparkommission genommen. In ihrem

### allgemeinen Teil

hebt diese Denkschrift zunächst hervor, daß die Sparkommission bei ihrer Zusammensetzung durch die Einbeziehung der Ministerialdirektoren der einzelnen Ministerien zu einer Art „Regierungskommission“ geworden sei. Die Befürchtungen der gehobenen mittleren Beamten seien noch übertrieben worden, als die Vorschläge im einzelnen aus der Landtagsdrucksache bekannt wurden: Abbau von nicht weniger als rund 280 Stellen des gehobenen mittleren Dienstes und Deklassierung vieler Dienstposten, während nur 25 Stellen des höheren Dienstes der Streichung verfielen.

Die Vergleichstellung mit Württemberg wird als geeignete Grundlage für eine badische Verwaltungsreform abgelehnt, da die württembergische Verwaltung in mehr als einer Hinsicht von der badischen verschieden sei. Daß in Württemberg grundsätzlich jedem Oberamt ein zweiter akademischer Beamter zugeteilt sei, widerspreche den Tatsachen: von 62 Oberämtern seien nach den Feststellungen der Denkschrift 16 ohne zweiten akademischen Beamten.

Aus den dem Spargutachten beigegebenen Personalstandsübersichten ergibt sich, daß sich die Zahl der gehobenen mittleren Beamten seit der Vorkriegszeit nicht nur nicht vermehrt, sondern verringert hat. Einen Vergleich mit anderen Ländern kann Baden ruhig ausfallen. Nach dem „Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen, 26. Band, Berlin 1930, S. 301 bis 303“ sind vorhanden

	in Preußen	im Reich
Beamte im höheren Dienst	17,49 v. H.	10,0 v. H.
Beamte im gehob. mittleren Dienst	23,29 v. H.	32,1 v. H.

Demgegenüber weist der badische Staatsvoranschlag für 1930/31 nach:

Beamte im höheren Dienst:	16,37 v. H.
Beamte im gehobenen mittleren Dienst:	14,22 v. H. (unter Einrechnung der Lehrer: 41,85 v. H.)

Der Wegfall von Beförderungstellen in den Ministerien wird von der Sparkommission mit dem Hinweis begründet, nicht alle Beamten in Spitzen- und Beförderungstellen würden reine Ministerialarbeit leisten; die Denkschrift sieht darin die Einführung eines neuen Maßstabes, der übrigens verschiedentlich angewandt werde, je nachdem es sich um gehobene mittlere Beamte oder um höhere Beamte handle. Die Denkschrift lehnt auch den Vorschlag ab, in den Zentralen mit Anfangsstrafen zu arbeiten, weil nach Ansicht des Bundes der gehobenen mittleren Beamten es notwendiger ist, erfahrene ältere Beamte, die längere Zeit im Bezirksdienst tätig gewesen sind, in die Zentralen einzuberufen. Die Ausarbeitung von Dienstvorschriften läßt mitunter den Praktiker vernünftiger. Die Verteilung des Werts der Dienstverrichtungen in den Zentralen hat auch auf jene des Beamten des Bezirks abgefaßt.

Der Vorschlag auf Abbau von rund 280 Stellen des gehobenen mittleren Dienstes, darunter 68 Beförderungstellen, wird von der Sparkommission auf den Umstand gestützt, es seien „ohne Not mehr Beförderungstellen in einem über das sachliche Bedürfnis hinausgehenden Umfang errichtet worden“ und die Überalterung führe zu einer ständigen Vermehrung der Beförderungstellen, die weder durch das sachliche Bedürfnis noch durch die Tätigkeit der Stelleninhaber gerechtfertigt sei. Dieser Begründung wird scharf widersprochen, weil sie eine schematische Minderbewertung lediglich der Tätigkeit der gehobenen mittleren Beamten konstruiere und die Fehler einer früheren Personalpolitik auf die Schultern der überalterten Beamten abzuladen versuche. Wenn schon gespart werden kann und muß, so sollen die aus den Sparmaßnahmen sich ergebenden Opfer nicht einzelnen Beamtenständen, sondern allen im gleichen Verhältnis zugemutet werden.

Unter den sonstigen Darlegungen allgemeiner Art mag hier noch erwähnt werden die Stellungnahme zu der vielfach vorgeschlagenen Ersetzung von Beamten durch Angestellte. Entlastung des Personals ist die Begründung der Kommission. Die Nachprüfung beweist die Richtigkeit dieser Annahme, vielmehr wird unter Hinweis auf Ausführungen im Beamtenjahrbuch — Heft 6/7 (1931) — deren Schlussfolgerung erwähnt, die beamtenrechtliche Verpflegung belaste eine ferne Zukunft, die versicherungsrechtliche dagegen die ohnehin überlastete Gegenwart.

### Die Stellungnahme zu den einzelnen Kapiteln des Gutachtens

folgt der Einteilung des Spargutachtens in der Behandlung der einzelnen Geschäftsbereiche.

Des beschränkten Raumes wegen kann hier nur auf einzelne, besonders schwerwiegende Punkte eingegangen werden.

Die Verwaltungsreformvorschläge im Bereich des Ministeriums des Innern sehen den Abbau von 18 Bezirksämtern und die Bildung von 27 Amtskörperschaften vor. Dieser Anregung auf Änderung und Neubildung von Verwaltungsbezirken wird in breiteren Ausführungen widersprochen aus Gründen, wie sie auch von verschiedenen anderen Seiten als bald vorgetragen worden sind. Voderung der Fühlung mit der Bevölkerung in zu großen Bezirken, tagelange Reisen für die mit der Behörde in Verbindung tretenden Personen, großer Aufwand für Erweiterungsbauten, ungenügende Bewertung entbehrlich werdender Verwaltungsgebäude.

Die Bildung leistungsfähiger Gemeinden wird mit Recht erwogen, bringen notwendig die Verschmelzung der Orts- und Gesamtgemeinden erachtet, die fast immer getrennte Vermögensverwaltung besitzen und infolgedessen ihre eigenen schwerfälligen Organe beanspruchen. Wahl eines gemeinschaftlichen Bürgermeisters durch mehrere benachbarte Gemeinden oder die Einrichtung einer Bürgermeisterei könnte sich für manche kleine Gemeinde vorteilhaft auswirken.

Die Erzielung von Ersparnissen im Rahmen der jetzigen Organisation wird insbesondere bei der Bezirksverwaltung erstrebt. Hier weist das Spargutachten darauf hin, es seien in diesem Bereich in Baden 328, in Württemberg nur 150 gehobene mittlere Beamte vorhanden. Diese Feststellung wird

besonders unter die Lupe genommen, weil sie geeignet ist, zu Ungunsten der gehobenen mittleren Beamten ein falsches Bild herbeizuführen. Um zu einem einigermaßen richtigen Vergleich zu kommen, müsse beachtet werden:

a) Württemberg hat bei 63 Oberämtern 133 Akademiker. Da Baden deren 93 zählt, darf angenommen werden, daß die Geschäfte des württembergischen Mehr von 40 Stellen in Baden auf die gehobenen mittleren Beamten entfallen.

b) In den 328 badischen Stellen sind 76 Verwaltungsbeamte enthalten, die die Geschäfte des Rechnungswesens und der Aufsicht über die Gemeindevermögensverwaltung besorgen. In Württemberg wird diese Arbeit nicht bei den Oberämtern, sondern durch Verwendung von Verwaltungsaktuarern und fachgeprüften Gemeindeflegern, die nicht aus Staatsmitteln besoldet werden, geleistet; hierfür absetzbar etwa 50 Stellen.

c) Auf Staatskosten sind nach dem Spargutachten in Baden mit den Geschäften des Bezirksfürsorge- und Wohnungsverbandes weitere 40 bis 60 gehobene mittlere Beamte betraut. Die Zahl 60 dürfte zutreffender sein als die Zahl 40.

d) 40 Stellen werden in Württemberg außerdem erspart, da 60 Proz. Bürgermeister die staatliche Prüfung für den gehobenen mittleren Verwaltungsdienst abgelegt haben, da die württembergische Kommunalbeamtenprüfung gegen 4000 staatlich geprüfte gehobene mittlere Verwaltungsbeamte zählt und überdies bei den Oberämtern über ihren eigenen Bedarf noch unentgeltlich beschäftigte Verwaltungsamtwärter zu berücksichtigen sind.

Von dem gegenüber Württemberg errechneten Mehr von 169 Stellen in Baden sind demzufolge, um zu einem angemessenen Vergleich zu gelangen, anzurechnen 40 + 50 + 60 + 40 = 190 Stellen. Damit ist Baden nicht aufwendiger, sondern noch sparsamer als Württemberg.

Bemerkenswert bleibt noch, daß der Reichsparlamentarier für Württemberg den Abbau der Stellen des höheren Dienstes in einem weit stärkeren Verhältnis als für die Stellen des gehobenen mittleren Dienstes vorgeschlagen hat. Das badische Gutachten vermindert die 93 höheren Stellen um 4 Stellen = rund 4% v. H., die 328 gehobenen mittleren Stellen aber um 76 Stellen = rund 23 v. H.

Am Schlusse werden die Anträge und Anregungen für den Bereich der inneren Verwaltung in folgendem zusammengefaßt:

1. daß u. E. ein weiterer Abbau der Bezirksämter zu einer Verdrängung des flachen Landes auf Kosten der Bevölkerung führen, verwaltungstechnisch große Schwierigkeiten verursachen und finanziell den erhofften Erfolg der Staatskasse nicht einbringen wird;
2. daß die Bildung von 27 Amtskörperschaften unter räumlicher Zusammenfassung der Staats- und Selbstverwaltungsbezirke und unter Aufhebung der Kreise im Gegensatz zu den Bedürfnissen unserer Zeit steht und den dringenden Lastenausgleich nicht herbeiführt;
3. daß die 11 Kreise auf etwa 4 zu vermindern sind, um den Lastenausgleich zwischen den leistungsstarken und leistungsschwachen Städten und Gemeinden auf breiterer Grundlage herbeizuführen;
4. daß ein Ausbau des Dienstes der gehobenen mittleren Beamten erfolgt und den Gemeinden die notwendige Stütze in weit größerem Umfang zur Seite gestellt wird;
5. daß eine durchgreifende innere Reform der Behördenbetriebe nach modernen wirtschaftlichen Grundgedanken unter Beachtung des ökonomischen Kräfteprinzips Platz zu greifen hat, wobei die Selbstständigkeit der gehobenen mittleren Beamten erweitert, eine Aufgabenverschiebung, soweit möglich, von den teureren Arbeitskräften nach den geringeren besoldeten erfolgt. Die Zahl der Stenotypisten ist zu vermehren;
6. daß eine Bewertung der Dienstposten nach Maßgabe der Verantwortung und Schwierigkeit des Dienstes erforderlich ist, um den leistungsfähigen verdienten Beamten eine Beförderung zu sichern und um überhaupt Höchstleistungen in der Beamtenenschaft zu erzielen. (Schluß folgt.)

### Notmaßnahmen in Thüringen und Braunschweig

Besprechungen der Beamtenverbandsvorsitzenden mit dem thüringischen Finanzminister haben ergeben, daß in Thüringen keine allgemeine Gehaltskürzung vorgesehen ist. Dagegen sollen im einzelnen, teils aus Ersparnisgründen, teils auf Druck des Reichs, eine Reihe von Notmaßnahmen getroffen werden, die allerdings — nach dem „Beamtenbund“ — für den einzelnen und für die ganze Gruppe gesehen, sehr empfindlich und hart sein werden.

In Braunschweig ist eine Änderung des Staatsbeamten- und Lehrerbeförderungsgesetzes erschienen, das die Angleichung der Gehälter der braunschweigischen Beamten an die der vergleichbaren Reichsbeamten mit Wirkung vom 1. September 1931 bringt.

Eine zweite Verordnung ändert die Gehälter einiger höherer Beamtengruppen. Weitere Verordnungen betreffen sich mit dem Reisefostengesetz, mit Sparmaßnahmen an händischen höheren Lehranstalten und der Aufhebung von Fortämtern.

### Bericht auf Umzugskosten bei Versetzungen

Mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates müssen bei Versetzungen, die unter Annahme des Verzichts auf Erstattung von Umzugskosten erfolgen, sämtliche durch die Versetzung entstehenden Kosten von dem Beamten selber getragen werden. Vor jeder solchen Versetzung, auch bei den durch die Verwaltung erfolgenden Stellenbesetzungen, hat daher der Bewerber nach einem Erlass des Preussischen Justizministers vom 26. August 1931 — I 7516 — eine schriftliche Erklärung dahin abzugeben:

- a) daß er bereit und imstande sei, die sämtlichen aus Anlaß seines Umzugs entstehenden Kosten selbst zu tragen, b) daß er für den Fall der Genehmigung seines Versetzungsgesuches auf Erstattung der ihm durch die Versetzung entstehenden Kosten (Umzugskosten, Reisefosten und Mietvergütung) wie auf Gewährung von Wohnungsbeihilfe (Zustellkosten) verzichtet, c) daß er sich der Wirkung seines Verzichts in vollem Umfang bewußt und d) daß ihm bekannt sei, daß er unter keinen Umständen auf die Verbilligung der zu b) genannten Entschädigungen der die Gewährung einer Unterfertigung rechnen könne. Ist die Erklärung unvollständig, so ist die dem Bewerber von der mit der Bearbeitung seines Versetzungsgesuches zunächst befaßten Dienststelle zurückzugeben.

Drud. G. Braun, Karlsruhe

## Bundestag des Reichsbundes der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands

Die Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands hielten ihren üblichen Bundestag in Erfurt. Auf dieser Tagung stand im Vordergrund die Stellungnahme zur deutschen Beamtenpolitik in der Krisenzeit. Eine besondere Rolle spielen dabei die Sonderbestimmungen für die Gemeindebeamten in den Notverordnungen. Vom Hauptredner des Tages, Verbandsdirektor und Stadtrat Ehrmann in Berlin, wird in seinem Referat zugegeben, man könne über die richtige Einsetzung in vielen Fällen streiten, gleichzeitig aber betont, es liege fest, daß die Gesamtheit der Kommunalbeamten nicht besser behandelt wird als die Beamten in Reich und Ländern. Die Reichsregierung sei den in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen von den Ersparnismöglichkeiten in den Gemeinden auf dem Gebiete der Besoldung nicht genügend entgegengetreten. Die Notverordnung vom 24. August 1931 mache die Kommunalbeamten und -angestellten zum Freiwild unter den deutschen Beamten. Unrechtlich sei die jetzt üblich gewordene Art der Gesetzgebung, eine kurze Reichsverordnung durch sehr eingehende Reichsrichtlinien zu ergänzen. Am schlimmsten sei darin der Satz, die Besoldung der Gemeindebeamten könne auch unter das Niveau der Reichsbeamten herabgedrückt werden. Der Boden des Rechts, den man bisher unter den Füßen gehabt habe, drohe jetzt zu schwinden. Das soeben bekanntgewordene preussische Sparprogramm sehe die Kommunalbeamten der äußersten Willkür aus.

Im weiteren Verlauf der Tagung sprach der Vorsitzende des VDB, Kügel, Berlin. Seine Ausführungen zielen darauf ab, es möchten die Führer der Wirtschaft vor ihrer eigenen Tür kehren. Die Fehlanlagen, Überhebungen der Kapazität, übertriebene Nationalisierung, Kartelle und Trusts, verschwendende Bezahlung der leitenden Personen und Erstickung einer Wirtschaftsbürokratie größeren Ausmaßes hätten eine Belastung geschaffen, die ein sehr menschlicher Faktor der Not geworden sei. Dem finanziellen Plus durch die Gehaltskürzungen steht ein gewaltiges Minus gegenüber durch Schwinden der Dienst- und Staatsfreude.

Von Seiten des Reichsbundesverbandes behandelte dessen geschäftsführender Präsident, Dr. Hädel, die Beamtenprobleme vom Standpunkt der Gemeinden. Er wandte sich insbesondere gegen den Schematismus der Richtlinien für die Besoldung der leitenden Gemeindebeamten, der in der Abstellung nur auf die Einwohnerzahl liege.

In der Entschließung wird u. a. gesagt, es werden die vom Deutschen Beamtenbunde im Namen aller Reichs-, Länder-, Gemeindebeamten und Lehrer erhobenen ersten Vorstellungen und die gestellten Änderungsanträge ebenso gebilligt und unterstützt, wie die in einem Zeitprogramm zur Wirtschaftslage gemachten verantwortungsbewußten, überparteilichen und mutigen Vorschläge zur Überwindung der deutschen Not.

**Wirtschaft und Mathematik.** Eine Einführung in die mathematische Behandlung wirtschaftlicher Probleme. Von Prof. Dr. F. Drenthaus und Studententat Dr. E. Schneider. Mit 85 Fig. im Text. (Mathem.-phys. Bibl. Bd. 77. — Kart. 1,20 M. V. G. Teubner, Leipzig.) — Allen denen, die ein tieferes Verständnis unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Geschehnisse erstreben, wird dieses Bündchen von Nutzen sein. Es bietet zahlreiche durchgeführte Beispiele und viele Aufgaben zur eigenen Bearbeitung. In mathematischen Kenntnissen wird lediglich die Fähigkeit vorausgesetzt, einfachen infinitesimalen Rechnungen folgen zu können.

B. 192. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Dr. med. G. Nieslin in Karlsruhe hat der Gemeindefiskus den Vorschlag auf Abschluß eines Zahlungsvergleiches eingereicht. Vergleichsvorschlag und Stellungnahme des Gläubigerausschusses liegen bis zum Vergleichstermin auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten auf. Vergleichstermin ist bestimmt auf: Freitag, den 9. Oktober 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, 1. Stock, Zimmer Nr. 40. Dieser Termin ist gleichzeitig zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt. Karlsruhe, den 15. September 1931. Geschäftsstelle des Amtsgericht 9.

**Badisches Landestheater**  
Mittwoch, den 23. Sept. 1931  
\*A 3. (Mittwochsmiete)  
Eh.-Gem. 801—900  
**Ein Wastendall**  
Oper von Verdi  
Dirigent: Reilberth  
Mitwirkende:  
Ehlsgröth, Haberorn,  
Reich, Dörich, Hospach, Kaln-  
bach, Rießer, Köfer, Kent-  
wig, Oerner, Schoepflin  
Anfang 19¼, Ende nach 22  
Preise E (1—6,30 RM)

**Neubau der Pfingstbrücke**  
im Zuge der Landstraße Nr. 20  
Ettlingen—Pforzheim  
bei km 14,416  
Wir vergeben im öffentlichen Wettbewerb folgende Arbeiten und Lieferungen:  
I. Tragkonstruktion: Einbetonierte Balustraden; Entwurf rd. 17 t.  
II. Beton: 70 cbm.  
III. Backkorrektur; Erdbehebung 1 600 cbm.  
IV. Straßenherstellung; Erdbehebung 1 200 cbm.  
V. Gesteinlieferung 170 cbm.  
VI. Kalksteinschotter 100 cbm.  
Die Bedingungen und Pläne liegen auf unserem Geschäftszimmer in Pforzheim, Schulbergstraße 2, zur

